

21/2026

**KLUB DER FREIHEITLICHEN GEMEINDERÄTE**

Rathaus  
Rathausplatz 1  
9500 Villach

M: +43 (0)664 42 052 81  
E: villach.klub@freiheitliche-ktn.at



**DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI**

**GEMEINDERATSKLUB VILLACH**

Eingelangt am: 29.4.2026

Entgegengenommen

von: *Julia Sandherr*

Dringlichkeit zuerkannt:  ja  nein

Inhalt des Antrages:

angenommen mit Stimmen von: .....

abgelehnt mit Stimmen von: .....

Enthaltungen: .....

Antragsnummer: .....

An den  
Gemeinderat der Stadt Villach  
Rathausplatz 1  
9500 Villach

29.04.2026

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderäte  
gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Resolution an die Bundesregierung

**Paketsteuer: Faire Regeln für Handel, Betriebe und Verbraucher  
statt Österreich-Strafgebühr**

### Heimischen Handel schützen statt zusätzlich belasten

Die österreichische Bundesregierung erwägt laut medialen Berichten eine Paketabgabe in Höhe von zwei Euro pro Sendung. Ursprünglich sollte damit auf die stark zunehmende Paketschwemme aus Drittstaaten reagiert und insbesondere Billigstplattformen aus Fernost wie Shein oder Temu stärker in die Pflicht genommen werden. Dieses Ziel, faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen und problematische Marktverzerrungen zu reduzieren, ist grundsätzlich nachvollziehbar.

In der derzeit diskutierten Ausgestaltung droht jedoch das Gegenteil einzutreten. Die Abgabe würde voraussichtlich nicht nur internationale Großplattformen treffen, sondern ebenso beschäftigungsintensive heimische Händler, österreichische Versandunternehmen sowie mittelständische Betriebe und KMU, die ihre Produkte über Plattformen wie Amazon vertreiben. Auch zahlreiche Unternehmen, die auf regelmäßige Zustellungen von Ersatzteilen, Verbrauchsmaterialien oder Spezialkomponenten angewiesen sind, wären erheblich betroffen.

### Gefahr für Konsumenten, Betriebe und Wettbewerbsfähigkeit

Viele Waren sind regional stationär nicht oder nur eingeschränkt verfügbar. Zahlreiche Betriebe reduzieren Lagerflächen aus wirtschaftlichen Gründen und zur Vermeidung zusätzlicher Bodenversiegelung bewusst zugunsten effizienter Lieferketten.

Gerade Gewerbebetriebe werden oft mehrmals täglich mit dringend benötigten Teilen beliefert – von Reifen über Kfz-Ersatzteile bis hin zu technischen Komponenten. Eine pauschale Abgabe würde daher Kosten erhöhen, Bürokratie auslösen und vielfach an Kundinnen und Kunden weitergegeben werden müssen.

### **Wettbewerb sichern statt Österreich-Aufschlag schaffen**

Damit droht ein systematischer Wettbewerbsnachteil für den österreichischen Handel sowie ein zusätzlicher Preisaufschlag für Konsumentinnen und Konsumenten – de facto ein Österreich-Aufschlag im Onlinehandel. Zudem stellt sich die Frage, wie in der Praxis treffsicher zwischen problematischen Billigimporten, heimischen Webshops, Privatverkäufen oder betrieblich notwendigen Lieferungen unterschieden werden soll. Eine undifferenzierte Lösung mit Gießkannencharakter wäre weder wirtschaftlich sinnvoll noch standortpolitisch klug.

Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten braucht Österreich Maßnahmen, die Wertschöpfung, Beschäftigung und Kaufkraft stärken – nicht zusätzliche Belastungen für Betriebe und Haushalte.

### **ANTRAG**

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

Die österreichische Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Finanzen, wird ersucht, die geplante Paketabgabe in der derzeit diskutierten Form grundlegend zu überdenken und eine treffsichere, unbürokratische sowie standortfreundliche Lösung zu erarbeiten, die heimische Unternehmen, mittelständische Betriebe, KMU sowie Konsumentinnen und Konsumenten nicht zusätzlich belastet. Ziel muss es sein, faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber außereuropäischen Billigstplattformen zu schaffen, ohne dem österreichischen Handel und Wirtschaftsstandort zu schaden.

